

Positionspapier

Prioritäten setzen: Die Letzten müssen die Ersten sein

Forderungen der Christoffel-Blindenmission (CBM) zur Bundestagswahl 2021

Entwicklungspolitik wird für Menschen gemacht. Sie will Armut bekämpfen, soziale Ungleichheit verringern und unsere Lebensgrundlagen erhalten. Dazu muss sie diejenigen zuerst erreichen, die am weitesten zurückgelassen wurden und auf bessere Lebensverhältnisse warten. Darunter sind über 1 Milliarde Menschen mit Behinderungen, von denen mehr als 800 Millionen in Ländern des globalen Südens leben. Ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe dürfen nicht weiter sinken. Im Gegenteil: Sie müssen endlich aufholen dürfen. Nur dann findet wirklich Entwicklung statt.

Doch die deutsche Entwicklungspolitik greift bislang vor allem nach tiefhängenden Früchten. Sie ist auf leicht messbare Erfolge aus und verfolgt eigene wirtschaftliche sowie politische Interessen. Wer dabei zurückbleibt, der bleibt eben zurück. Grundsatzpapiere, Aktionspläne, Strategien sind zunächst nicht mehr als Worte. Bei den betroffenen Menschen kommt nur dann etwas an, wenn daraus tatsächlich konkretes Handeln wird.

Die Corona-Pandemie stürzt die Welt in eine weitere globale Entwicklungskrise. Solche Krisen treffen vor allem die Schwachen und vergrößern Ungleichheit; das gilt für Länder, Unternehmen und Individuen. Wenn wir uns aber jetzt daran machen, verlorenes Terrain möglichst rasch zurückzugewinnen und die Dinge diesmal besser zu gestalten, dann ist der Schlüssel zu künftiger Krisenfestigkeit die Widerstandsfähigkeit der Schwächsten.

Gesundheitsversorgung für alle verwirklichen und vermeidbare Behinderungen bekämpfen

Menschen mit Behinderungen sind in vielfacher Weise von der Corona-Krise besonders betroffen: Sie können sich selbst schlechter vor einer Ansteckung schützen. Sie haben deutlich seltener Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Zudem sind die Gesundheitssysteme durch Corona überlastet. Mehr noch: Sollten Menschen mit Behinderungen selbst zu Corona-Patienten werden, droht ihnen, nicht versorgt zu werden. Schlichtweg, weil eine notwendige Triage-Entscheidung zu ihren Ungunsten ausfallen kann. Behinderungen werden fälschlicherweise oft mit Gebrechlichkeit verwechselt. Das ist dann ganz schnell ein Kriterium, das gegen eine weitere Behandlung spricht.

Wenn Gesundheitssysteme überlastet sind, werden gerade in Krisenzeiten andere Krankheiten nicht bekämpft und Rehabilitation vernachlässigt. So verschlimmern sich vermeidbare Beeinträchtigungen oder werden sogar neu verursacht.

Die CBM fordert von der künftigen Bundesregierung...

1. ...die Schaffung widerstandsfähiger, inklusiver Gesundheitssysteme zu einem elementaren Schwerpunkt ihrer Entwicklungspolitik zu machen. Neben medizinischer Erst- und Basisversorgung sowie Rehabilitation sollten die Bereiche Augen- und Ohrengesundheit sowie psychische Gesundheit erheblich stärker in den Blick genommen werden. Auch müssen Infektionsprävention und -kontrolle barrierefrei für alle zugänglich sein.
2. ...einen Fokus darauf zu legen, vermeidbare Erkrankungen und sich wechselseitig verschlimmernde Krankheiten zu bekämpfen. Die von der WHO definierten 20 vernachlässigten Tropenkrankheiten (NTDs) bspw. behindern, entstellen, stigmatisieren und töten Millionen Menschen. Dabei gibt es Möglichkeiten, das zu verhindern. Gleichzeitig treten sie oft in Verbindung mit weiteren Krankheiten auf.
3. ...niemanden zurückzulassen, wenn sie Gesundheitssysteme stärkt. Dafür braucht es einen ganzheitlichen Ansatz und ganz konkret: Gesundheitsversorgung und gesundheitliche Aufklärung, die bezahlbar, für alle zugänglich und überall verfügbar ist – auch in ländlichen Regionen des globalen Südens. Der „One Health Ansatz“, der Mensch, Tier und Umwelt gleichermaßen in den Blick nimmt, kann dafür sorgen, dass besonders auch vernachlässigte Menschen besser gesundheitlich versorgt werden.

Die Menschenrechte müssen Richtschnur der Entwicklungspolitik sein

Wie Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen erreicht werden können, ist in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) festgelegt, auch für die internationale Zusammenarbeit. Zwölf Jahre nach ihrem Inkrafttreten in Deutschland kommt noch immer zu wenig bei den betroffenen Menschen im Globalen Süden an. Es gab einen Aktionsplan des BMZ und eine Inklusionsstrategie, Selbstverpflichtungen zur inklusiven humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes. Doch weder die Entwicklungszusammenarbeit noch die humanitäre Hilfe gehen konsequent zweigleisig vor. Es gibt viel zu wenige Projekte, die sie spezifisch unterstützen, damit sie aufholen können. Gleichzeitig grenzen Projekte Menschen mit Behinderungen aus. Hier kann die Bundesregierung noch nicht einmal sagen, wie viel Geld sie in die internationale Zusammenarbeit investiert, um Menschen mit Behinderungen querschnittsmäßig zu berücksichtigen.

Die CBM fordert von der künftigen Bundesregierung...

1. ...die Leitprinzipien der UN-BRK konsequent und kontinuierlich zu beachten. Das heißt: Menschen mit Behinderungen werden nicht diskriminiert, alle Programme sind barrierefrei und räumen gerade auch Frauen mit Behinderungen die gleichen Chancen ein. Menschen mit Behinderungen werden einbezogen, wenn Projekte geplant,

durchgeführt und nachbetrachtet werden. Nur so funktioniert gute inklusive humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

2. ...endlich die Mittel bereitzustellen, um den zweigleisigen Ansatz erfolgsversprechend umzusetzen. Dazu gehört, dass Projekte entsprechend budgetiert werden und Gelder für Inklusion und spezielle Förderung bereitstehen. Außerdem muss es verbindliche Vorgaben für alle Akteure geben und Menschen mit Behinderungen müssen als „Experten in eigener Sache“ einbezogen werden.
3. ...umgehend für die nötige Datengrundlage zu sorgen - zur Erfolgsmessung und zur Projektplanung. Der Inklusionsmarker der OECD muss endlich eingeführt werden, damit gemessen wird, wie viel die Regierung in die Inklusion von Menschen mit Behinderungen investiert. Darüber hinaus müssen Partnerländer dabei unterstützt werden, vergleichbare Strukturdaten zu Menschen mit Behinderungen sammeln zu können. Dafür steht mit der Washington Group Methode ein geeigneter wissenschaftlicher Weg zur Verfügung.

Bildungsprogramme müssen inklusiv sein und sich auf benachteiligte Gruppen fokussieren

Worauf es bei guter und chancengerechter Bildung ankommt und was insbesondere für das Recht aller Menschen auf inklusive Bildung getan werden muss, dafür haben die Vereinten Nationen konkrete Empfehlungen vorgelegt, die es endlich umzusetzen gilt. Die Corona-Pandemie hat erneut offenbart, wie wenig Inklusion im Mittelpunkt der Bildungsförderung steht. Insbesondere Kinder mit Behinderungen wurden in vielen Ländern Notfall-Bildungsprogrammen ausgesetzt, die ohne Rücksicht auf ihre Bedarfe gestaltet waren. Das BMZ will langfristig 25 Prozent seines Haushalts in Bildung investieren und fördert vermehrt Programme der beruflichen Bildung. Das ist gut, um Menschen Chancen auf ein unabhängiges Leben zu geben und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu fördern. Aber die Basis muss stimmen: Berufliche Bildung ohne Grundbildung funktioniert nicht.

Die CBM fordert von der künftigen Bundesregierung...

1. ...Chancengerechtigkeit in ihrer bilateralen und multilateralen Bildungsförderung zum Schwerpunkt zu machen. Inklusion kann nicht eine Gruppe nach der anderen erreichen, sondern muss die Bedarfe aller bisher Zurückgelassenen gleichzeitig im Blick haben und man muss sie integriert angehen.
2. ...ihr finanzielles Engagement für Grundbildung drastisch zu erhöhen und verstärkt inklusive Programme der frühkindlichen Bildung und Grundbildung zu fördern. Konkret fordert die CBM: Einen fairen Beitrag von 110 Millionen Euro jährlich für die Globale Bildungspartnerschaft in den nächsten Jahren und 50 Millionen pro Jahr für Education Cannot Wait. Darüber hinaus sollte sie ergänzend ihr bilaterales Engagement im Bereich Grundbildung und insbesondere der frühkindlichen Bildung wieder aufnehmen und deutlich verstärken.

3. ...die Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen und Partnerregierungen dabei zu unterstützen, angemessene und barrierefreie Lösungen für künftige Unterbrechungen des Schulunterrichts zu entwickeln. Dafür muss sie auch eine Analyse der Situation und der Bedarfe besonders benachteiligter Gruppen, wie Kindern mit Behinderungen, unterstützen. Und es funktioniert nur, wenn Lehrkräfte und Lernende im Umgang mit alternativen Lehr- und Lernmethoden geschult sind.

Konsequente Umsetzung der Agenda 2030 zur Stärkung der Resilienz vor, in und nach Krisen

Niemanden zurückzulassen und die zu erreichen, die am weitesten hinten stehen, ist das Leitprinzip der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Doch allzu oft wurde und wird der zweite Halbsatz der Maxime völlig vergessen und der erste Satzteil nur als irreführende Schlagzeile missbraucht. Dabei ist es genau das, was die Menschenrechte einfordern und was aus den Millennium-Entwicklungszielen gelernt wurde: Menschen, die bislang nicht erreicht wurden, brauchen spezielle Unterstützung und müssen primäre Zielgruppe sein.

Die Agenda 2030 konnte die Corona-Krise nicht vorhersehen, doch sie zeigt deutlich, wie die Folgen globaler Entwicklungskrisen zu mindern sind; und zwar insbesondere für jene Menschen, die ganz hinten in der Warteschlange anstehen.

Die CBM fordert von der künftigen Bundesregierung...

1. ...ihre humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit an den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen auszurichten. Nur so werden Armut nachhaltig bekämpft, die Ernährung gesichert, soziale Ungleichheit verringert und menschliche Lebensräume sinnvoll gestaltet.
2. ...volle und selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen aktiv zu fördern. Wirtschaftliche und soziale Teilhabe machen Menschen mit Behinderungen unabhängig von staatlichen Sozialsystemen und mildtätiger Hilfe. Die Schlüssel liegen in bestmöglicher Gesundheitsversorgung, in Bildung, einer wirtschaftlichen Existenzgrundlage und gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Um Menschen mit Behinderungen hier aufholen zu lassen und das Agenda-Leitprinzip umzusetzen, bedarf es nicht zuletzt eines konkretisierten Budgets.
3. ...inklusive Lebensräume zum durchgängigen Anforderungsprofil zu machen. Das Umfeld barrierefrei zu gestalten macht Menschen mit Behinderungen unabhängig, insbesondere im Hinblick auf Schule, Arbeit, öffentlichen Verkehr oder Wohnen.